

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:452343-2015:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Offenburg: Technische Planungsleistungen im Tief- und Hochbau
2015/S 248-452343**

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Richtlinie 2004/18/EG

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Land Baden-Württemberg, vertreten durch Regierungspräsidium Freiburg, Abteilung Umwelt, Referat 53.3 –
IRP – Dienstsitz Offenburg

Wilhelmstraße 24

Zu Händen von: Harald Klumpp

77654 Offenburg

DEUTSCHLAND

Telefon: +49 781124711682

E-Mail: harald.klumpp@rpf.bwl.de

Fax: +49 781124711700

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers: <http://www.rp.baden-wuerttemberg.de>

Elektronischer Zugang zu Informationen: <http://www.vof.istw.de>

Weitere Auskünfte erteilen:

ISTW Planungsgesellschaft mbH

Franckstraße 4

Zu Händen von: Thilo Seitz

71636 Ludwigsburg

DEUTSCHLAND

Telefon: +49 71412423618

E-Mail: seitz@istw.de

Fax: +49 71412423699

Internet-Adresse: <http://www.vof.istw.de>

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

ISTW Planungsgesellschaft mbH

Franckstraße 4

Zu Händen von: Thilo Seitz

71636 Ludwigsburg

DEUTSCHLAND

Telefon: +49 71412423618

E-Mail: seitz@istw.de

Fax: +49 71412423699

Internet-Adresse: <http://www.vof.istw.de>

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an: die oben genannten Kontaktstellen

- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
Regional- oder Lokalbehörde
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
Allgemeine öffentliche Verwaltung
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**
Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

Abschnitt II: Auftragsgegenstand

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:**
Ingenieurleistungen Rückhalteraum Ichenheim/Meißenheim/Ottenheim.
- II.1.2) **Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung**
Dienstleistungen
Dienstleistungskategorie Nr 12: Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen
Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Ichenheim/Meißenheim/Ottenheim.
NUTS-Code DE13
- II.1.3) **Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS)**
Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag
- II.1.4) **Angaben zur Rahmenvereinbarung**
- II.1.5) **Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens**
Für den Rückhalteraum Ichenheim / Meißenheim / Ottenheim (RHR IMO) sollen die Objekt- und Fachplanungen von der Grundlagenermittlung bis zur Genehmigungsplanung vergeben werden, damit die erforderliche Planfeststellung erreicht werden kann. Ziel ist, das Planfeststellungsverfahren möglichst Ende 2017 beginnen zu können. Ein entsprechender Zeitplan muss noch mit allen am Projekt beteiligten Fachplanern und Beteiligten abgestimmt werden.
Hintergrund: Der Ausbau des Oberrheins zwischen Basel und Iffezheim durch Staustufen führte u.a. zu einem Verlust von 130 km² Überschwemmungsflächen mit der Folge, dass Rheinhochwasser heute schneller und höher ablaufen und sich zudem ungünstiger mit den Hochwasserwellen der Nebenflüsse überlagern. Während für die ausgebaute Rheinstrecke oberhalb Iffezheims aufgrund des für die baulichen Anlagen ausgewählten Bemessungshochwassers ein sehr hoher Hochwasserschutz erreicht wurde, hat sich für die Rheinanlieger unterhalb von Iffezheim die Situation wesentlich verschlechtert.
Zur Wiederherstellung eines Schutzniveaus gegen ein 200-jährliches Ereignis, wie es vor dem Ausbau des Oberrheins bestand, wurde das Integrierte Rheinprogramm (IRP), bestehend aus 13 Rückhalteräumen mit einem gesamten Rückhaltevolumen von 167 300 000 m³, im Januar 1996 vom Kabinett des Landes Baden-Württemberg beschlossen (UVM, 1996). Das IRP beinhaltet die umweltverträgliche Wiederherstellung des Hochwasserschutzes und möglichst gleichrangig die Erhaltung und Renaturierung der Auenlandschaft am Oberrhein.
Einer der 13 Rückhalteräume ist der Raum Ichenheim/Meißenheim/Ottenheim (RHR IMO). Der Gesamtrückhalteraum ist in drei Einzelteilräume (TR 1 – 3) untergliedert. Der für die Rückhaltung zentrale Rückhalteraum ist der TR 2 mit einer Rückhaltefläche von ca. 390 ha. Auf dieser Fläche ist das geforderte

Rückhaltvolumen von 5,8 Mio. m³ im Fließpolderbetrieb zurückzuhalten. Im Norden schließt sich die bereits planfestgestellte Rückhaltefläche südlich des Polders Altenheim an (TR 1, Ableitungsstrecke), die mit einer Fläche von 360 ha als Ausleitungsbereich des Rückhaltereaumes Ichenheim/Meißenheim/Ottenheim zusätzlich in Anspruch genommen wird. Die vor 1970 bei Hochwasser überströmten Bereiche der beiden Teilräume werden heute überwiegend forstwirtschaftlich genutzt. Südlich des TR 2 schließt sich der TR 3 auf Gemarkung Ottenheim an. Dieser Bereich bildet den Übergangsbereich vom Rückhalteraum Elzmündung zum Rückhalteraum IMO. Im Westen grenzt der Rückhalteraum an die Stauhaltung Straßburg mit dem Hochwasserdamm VIII und Rheinseitendamm und im Osten an die Rheinhauptdämme IX und X (Tulladämme). Der gesamte Rückhalteraum befindet sich von Süd nach Nord auf den Gemarkungen Schwanau-Ottenheim, Meißenheim und Neuried-Ichenheim. Die Grundkonzeption des RHR IMO ist in Anlage 1 dargestellt. Der Rückhalteraum befindet sich auf Flächen des FFH-Gebiets Rheinniederung von Wittenweier bis Kehl und dem Vogelschutzgebiet Rheinniederung Nonnenweier bis Kehl. Innerhalb des Rückhalteraaums liegen die Naturschutzgebiete Thomasschollen und Salmengrund. Unmittelbar angrenzend an den Teilraum 1 liegt östlich des Hochwasserdamms X das Naturschutzgebiet Sauschollen.

Im Planungsraum liegen klassifizierte Wasserkörper im Sinne der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL). Hierzu gehören u.a. der Rhein, der Altrheinzug als Gewässer I. Ordnung und der Rheinseitengraben als Fließgewässer sowie der Baggersee „Vogel“ auf Gemarkung Schwanau-Ottenheim, der Vältinsschollensee (Baggersee Rhein-Main-Kies (RMKS)) auf Gemarkung Meißenheim und der Baggersee Blatt auf Gemarkung Neuried-Ichenheim als eigenständige Seewasserkörper.

Das geplante Vorhaben bedarf einer Planfeststellung gemäß § 68 Abs. 1 WHG in der Fassung von 2015. Die Raumordnungsbehörde hat auf Antrag des Vorhabenträgers am 13.10.2003 von der Durchführung eines Raumordnungsverfahrens abgesehen. Die Beteiligung der Öffentlichkeit soll entsprechend der landesrechtlichen Vorgaben Baden-Württembergs erfolgen (VwV Öffentlichkeitsbeteiligung und Planungsleitfaden („Leitfaden für eine neue Planungskultur“)).

Für den Rückhalteraum liegen Voruntersuchungen und erste Vorplanungen aus dem Jahr 1992 vor. Untersucht wurde die Variante 1 als einzelner Rückhalteraum und die Variante 2 als Gesamtrückhalteraum mit den Poldern Altenheim.

Der Betrieb des Rückhalteraaums Ichenheim/Meißenheim/Ottenheim ist bei beiden Varianten nur in enger Abhängigkeit vom Betrieb der Polder Altenheim möglich.

Da die Polder Altenheim neben dem Kulturwehr Kehl/Straßburg zurzeit die einzigen einsetzbaren Rückhaltebecken für Rheinhochwasser sind, ist besonderer Wert darauf zu legen, dass der Betrieb der Polder Altenheim durch die weitergehenden Planungen nicht beeinträchtigt wird.

Das Ergebnis der Wasserspiegellagenberechnungen im Rhein hat die Realisierbarkeit der Variante 1 aufgezeigt. Bei der Variante 2 müssten dagegen die planfestgestellten Bauwerke und Stauziele der Polder Altenheim verändert werden.

Die weiteren Planungen beziehen sich auf die Variante 1 der Voruntersuchungen.

II.1.6) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

71322000, 71322400, 71327000

II.1.7) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): ja

II.1.8) **Lose**

Aufteilung des Auftrags in Lose: ja

Angebote sind möglich für ein oder mehrere Lose

II.1.9) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) **Gesamtmenge bzw. -umfang:**

Erstellung der technischen Planung der Ingenieurbauwerke (HOAI, § 41 ff.) wie Ein- und Auslassbauwerke vom Rhein in den RHR, Brücken, Durchlässe, Sanierung von Dämmen, Grundwasserhaltung als Schutzmaßnahmen für die bestehenden Ortslagen, Gewässerverlegungen, Gewässerbaumaßnahmen.

Erstellung der dazu notwendigen Tragwerksplanung (HOAI, § 49 ff.) und Planung der technischen Ausrüstung (HOAI § 53 ff.).

Ein Bewerber / Bieter kann sich auf einzelne, mehrere oder auf alle Lose bewerben. Zur Sicherstellung der notwendigen Kapazitäten und der korrekten Beurteilung des vorgesehenen Bearbeitungsteams (im Verhandlungsverfahren) wird zunächst das (größte) Los 1 vergeben. Erst nach Abschluss dieser Vergabe werden die Lose 2 und 3 vergeben.

Geschätzter Wert ohne MwSt:

Spanne von 1 640 000 bis 1 810 000 EUR

II.2.2) **Angaben zu Optionen**

Optionen: nein

II.2.3) **Angaben zur Vertragsverlängerung**

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung**

Beginn 25.4.2016. Abschluss 31.12.2017

Angaben zu den Losen

Los-Nr: 1

Bezeichnung: Neubau und Sanierung Bauwerke und Gewässerbaumaßnahmen im und am Rückhalteraum

1) **Kurze Beschreibung**

Zu den Bestandsbauwerken werden ein Flusswasserentnahmebauwerk, ein Auslassbauwerk (geschätzte erforderliche Leistungsfähigkeit je Bauwerk 100 bis 150 m³/s) und eventuell 2 bis 4 weitere elektrisch regelbare neue zu planende und zu errichtende Bauwerke notwendig. 8 Bauwerke sind den künftigen hydraulischen Bedingungen anzupassen bzw. neu zu bauen. Weitere Anpassungen bzw. Neubauten sind in der Fachplanung zu prüfen.

Variantenuntersuchung mit anschließender Planung für den Ottenheimer Mühlbach zum Bau eines Pumpwerks oder Umleitung des Mühlbachs östlich des HWD IX.

2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

71322000, 71322400, 71327000

3) **Menge oder Umfang**

Ausgeschriebener Leistungsumfang in diesem Los:

— Objektplanung Ingenieurbauwerke nach dem Leistungsbild in § 43 HOAI von der Grundlagenermittlung (Lph1) bis zur Genehmigungsplanung (Lph4).

— Fachplanung Tragwerksplanung nach dem Leistungsbild in § 51 HOAI von der Grundlagenermittlung (Lph1) bis zur Genehmigungsplanung (Lph4).

— Fachplanung Technische Ausrüstung nach dem Leistungsbild in § 55 HOAI von der Grundlagenermittlung (Lph1) bis zur Genehmigungsplanung (Lph4).

— Besondere Leistung: Definition und Mitwirkung bei der Vergabe von zusätzlichen Leistungen im Bereich Geotechnik und Vermessung

— Besondere Leistung: Koordination der Planung aller drei Lose sowie mit allen weiteren Planungen in Abstimmung mit dem Vorhabenträger während der gesamten Bearbeitungsdauer bis zur Erlangung des Planfeststellungsbeschlusses.

Nicht Teil des ausgeschriebenen Leistungsumfangs in diesem Los:

— Durchführung der Öffentlichkeitsbeteiligung (sehr wohl aber die Mitarbeit daran)

— Geotechnische Untersuchungen (sehr wohl aber die Mitarbeit bei der Definition und der Mitwirkung bei der Vergabe solcher Leistungen durch den Vorhabenträger).

— Vermessungsleistungen (sehr wohl aber die Mitarbeit bei der Definition und der Mitwirkung bei der Vergabe solcher Leistungen durch den Vorhabenträger).

Geschätzter Wert ohne MwSt:

Spanne von 900 000 bis 1 000 000 EUR

4) **Abweichung von der Vertragslaufzeit oder vom Beginn bzw. Ende des Auftrags**

5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen**

Los-Nr: 2

Bezeichnung: Los2: Dammbaumaßnahmen HWD IX und X

1) **Kurze Beschreibung**

Inhalt der Aufgabe ist die Anpassung und Sanierung der Rheinhauptdämme IX und X an die veränderten und aktuellen technischen Anforderungen, inklusive der enthaltenen Bauwerke (Durchlässe usw.).

2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

71322000, 71322400, 71327000

3) **Menge oder Umfang**

Ausgeschriebener Leistungsumfang in diesem Los:

— Objektplanung Ingenieurbauwerke nach dem Leistungsbild in § 43 HOAI von der Grundlagenermittlung (Lph1) bis zur Genehmigungsplanung (Lph4).

— Fachplanung Tragwerksplanung nach dem Leistungsbild in § 51 HOAI von der Grundlagenermittlung (Lph1) bis zur Genehmigungsplanung (Lph4).

— Besondere Leistung: Definition und Mitwirkung bei der Vergabe von zusätzlichen Leistungen im Bereich Geotechnik und Vermessung

Nicht Teil des ausgeschriebenen Leistungsumfangs in diesem Los:

— Durchführung der Öffentlichkeitsbeteiligung (sehr wohl aber die Mitarbeit daran)

— Geotechnische Untersuchungen (sehr wohl aber die Mitarbeit bei der Definition und der Mitwirkung bei der Vergabe solcher Leistungen durch den AG).

— Vermessungsleistungen (sehr wohl aber die Mitarbeit bei der Definition und der Mitwirkung bei der Vergabe solcher Leistungen durch den AG).

Geschätzter Wert ohne MwSt:

Spanne von 190 000 bis 210 000 EUR

4) **Abweichung von der Vertragslaufzeit oder vom Beginn bzw. Ende des Auftrags**

Beginn 20.6.2016. Abschluss 31.12.2017

5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen**

Los-Nr: 3

Bezeichnung: Los 3: Grundwasserhaltung

1) **Kurze Beschreibung**

Der Vergleich zwischen Ist-Zustand und den Verhältnissen bei zusätzlichem Betrieb des Rückhalteraums ohne Schutzmaßnahmen lässt erwarten, das sich in den Ortslagen Ichenheim, Meißenheim und Ottenheim

zusätzliche Grundwasseranstiege zu erwarten sind, die gemäß dem Planungsziel (Verschlechterungsverbot) nicht hingenommen werden können. Gegenüber heute würden zukünftig höhere Grundwasserstände infolge Überflutung des geplanten Rückhalteraums häufiger auftreten und länger anhalten. Demzufolge sind für die genannten Ortslagen Schutzmaßnahmen gemäß der Leistungsphasen 1 bis 4 zu entwickeln und bis zum Vorliegen des Planfeststellungsbeschlusses zu begleiten.

2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

71322000, 71327000

3) **Menge oder Umfang**

Ausgeschriebener Leistungsumfang in diesem Los:

— Objektplanung Ingenieurbauwerke nach dem Leistungsbild in § 43 HOAI von der Grundlagenermittlung (Lph1) bis zur Genehmigungsplanung (Lph4).

— Fachplanung Tragwerksplanung nach dem Leistungsbild in § 51 HOAI von der Grundlagenermittlung (Lph1) bis zur Genehmigungsplanung (Lph4).

— Fachplanung Technische Ausrüstung nach dem Leistungsbild in § 55 HOAI von der Grundlagenermittlung (Lph1) bis zur Genehmigungsplanung (Lph4).

— Besondere Leistung: Definition und Mitwirkung bei der Vergabe von zusätzlichen Leistungen im Bereich Geotechnik und Vermessung

Nicht Teil des ausgeschriebenen Leistungsumfangs in diesem Los:

— Durchführung der Öffentlichkeitsbeteiligung (sehr wohl aber die Mitarbeit daran)

— Geotechnische Untersuchungen (sehr wohl aber die Mitarbeit bei der Definition und der Mitwirkung bei der Vergabe solcher Leistungen durch den AG).

— Vermessungsleistungen (sehr wohl aber die Mitarbeit bei der Definition und der Mitwirkung bei der Vergabe solcher Leistungen durch den AG).

Geschätzter Wert ohne MwSt:

Spanne von 550 000 bis 600 000 EUR

4) **Abweichung von der Vertragslaufzeit oder vom Beginn bzw. Ende des Auftrags**

Beginn 20.6.2016. Abschluss 31.12.2017

5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen**

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) **Geforderte Kautionen und Sicherheiten:**

Aktueller Nachweis (ausgestellt nach dem 1.7.2015) einer Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckung von mindestens 1 500 000 EUR bei Personenschäden und einer Deckung von 1 500 000 EUR bei sonstigen Schäden (Sach- und Vermögensschäden). Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt; d. h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei dem Auftragnehmer mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z. B. aus anderen Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt.

Die schriftliche Bestätigung der Versicherung des Bewerbers, die Berufshaftpflichtdeckung auf die geforderten Deckungssummen im Auftragsfall anzuheben oder zum Abschluss einer objektbezogenen Versicherung bereit zu sein, ist als Nachweis ausreichend.

Bei Bewerber- / Bietergemeinschaften ist der Nachweis für die Deckungssumme bzw. vorgenannte Bestätigung für ein Mitglied aufgrund der gesamtschuldnerischen Haftung ausreichend.

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:

- 1) Die Erbringung der einzelnen Leistungsphasen, sowohl für das Gesamtprojekt wie auch für die einzelnen Bauabschnitte, bedarf der jeweiligen Freigabe durch den Auftraggeber.
- 2) Allgemeine Vertragsbedingungen für Leistungen der Ingenieure und Landschaftsarchitekten in der Wasserwirtschaft (AVB-ING) – Ausgabe 3/2014 – Herausgeber: Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser LAWA
- 3) Grundlage der Ausschreibung ist neben der VOF das Handbuch für Ingenieurverträge in der Wasserwirtschaft (HIV-Was), herausgegeben von der LAWA (Bund / Länder Arbeitsgemeinschaft Wasser).
- 4) Zusätzliche Vertragsbedingungen zum Landestariftreue- und Mindestlohngesetz Baden-Württemberg (LTMG-BW).

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bei Auftragserteilung ist ein Nachweis über die Rechtsform und die gesamtschuldnerische Haftung der Bietergemeinschaft vorzulegen. Dabei muss die gesamtschuldnerische Haftung der Bietergemeinschaft nachgewiesen werden.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: nein

III.2) Teilnahmebedingungen

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: A) Aktueller Nachweis (ausgestellt nach dem 1.7.2015) über die Rechtsform und die Unterschriftsberechtigung des Bewerbers – bei Bewerber- / Bietergemeinschaften für alle Mitglieder (in der Regel durch Auszug aus dem Handelsregister – bei ausländischen Bewerbern durch eine Bescheinigung der zuständigen Behörde des Herkunftslandes – bei Unternehmen die nicht zur Eintragung in ein Handelsregister o.ä. verpflichtet sind durch Eigenerklärung). Aus dem Nachweis muss zweifelsfrei hervorgehen, dass die Person / die Personen welche den Antrag / die Erklärungen abgegeben haben berechtigt sind Rechtsgeschäfte für den Bewerber zu tätigen. Bewerbungen / Erklärungen die von Personen unterschrieben sind für die ein solcher Nachweis nicht vorliegt werden vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.

b) Falls es sich bei dem Bewerber um einer Bewerber- / Bietergemeinschaft handelt sind mit den Bewerbungsunterlagen folgende verbindliche gemeinsame Erklärungen aller Mitglieder der Bewerber- / Bietergemeinschaft einzureichen:

- b1) Erklärung über die vorgesehene Rechtsform der Bewerber- / Bietergemeinschaft
- b2) Erklärung über die gesamtschuldnerische Haftung
- b3) Erklärung über den bevollmächtigten Vertreter
- b4) Erklärung über die Aufgabenverteilung innerhalb der Bewerber- / Bietergemeinschaft.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: A) Erklärung über die Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen (bei Bewerber- / Bietergemeinschaften für jedes Mitglied): Zur Bearbeitung des Auftrages darf der Auftragnehmer nur Nachunternehmer einsetzen welche dem Auftraggeber bekannt sind und deren Einsatz der AG zugestimmt hat. Aus diesem Grund sind Nachunternehmer vorab zu benennen;

b) Die Bewerbung muss eine Erklärung enthalten, ob der Bewerber mit anderen Unternehmen den Auftrag erbringen möchte und, wenn ja, wie die Aufteilung der Leistungserbringung erfolgt (VOF 4 (2));

- c) Die Bewerbung muss eine Erklärung enthalten, dass mindestens 70 % der zu vergebenden Leistungen durch Personal im eigenen Betrieb (bzw. den Betrieben der Bewerber- / Bietergemeinschaft) erbracht werden;
- d) Durch eine Verpflichtungserklärung der dritten Unternehmen ist nachzuweisen, dass diese für die Leistungserbringung zur Verfügung stehen;
- e) Die Bewerbung muss eine Erklärung enthalten, dass die Leistungserbringung unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgt (VOF § 2 (3));
- f) Die Bewerbung muss eine Erklärung enthalten (bei Bewerber- / Bietergemeinschaften für jedes Mitglied), dass keine Ausschlussgründe gemäß VOF § 4 (6), VOF § 4 (9) und VgV § 16 bestehen;
- g) Abgabe eines Firmen- / Bewerberprofils mit Angaben zur Gründung, Gesellschaftsform, Eigentümer und eventuellen Tochtergesellschaften, Standorten, wirtschaftliche Verknüpfung mit anderen Unternehmen und Leistungsspektrum des Bewerbers;
- h) Erklärung über den Umsatz (brutto) sowie die jährliche durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten des Bewerbers jeweils insgesamt, sowie in Bezug auf die dieser Ausschreibung entsprechenden Dienstleistungen, jeweils für die letzten drei Geschäftsjahre (VOF 5 (4) c) – (bei Bietergemeinschaften für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft).

III.2.3) **Technische Leistungsfähigkeit**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Nachweise zur fachlichen Eignung durch Nennung von Erfahrungen gemäß den in den Bewertungskriterien genannten Anforderungen durch Nennung und Beschreibung von vergleichbaren erbrachten Leistungen von jeweils maximal 3 Projekten des Bewerbers (werden mehr als drei Projekte angegeben werden nur die ersten 3 gewertet) mit Angaben des Auftraggebers (Bezeichnung, Anschrift, Name und Telefonnummer des Ansprechpartners), Beschreibung der erbrachten Leistungen, Projektbeschreibung, Planungsumfang, Fertigstellungstermin.

III.2.4) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: nein

III.3.2) **Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal**

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: ja

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden (ggf. nach einem bestimmten Verhandlungsverfahren) nein

IV.1.2) **Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

Geplante Mindestzahl 3: und Höchstzahl 6

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: Die detaillierten Angaben zu Kriterien, Bewertung und Gewichtung sind den Unterlagen gemäß Ziffer VI.3 dieser Veröffentlichung zu entnehmen. /Die wesentlichen Kriterien im Los 1 sind: Leistungsfähigkeit mit 10 %; Fachliche Eignung: hinsichtlich Planung von umfangreichen Gewässermaßnahmen mit 40 %, hinsichtlich Planung von großen gesteuerten Ein- / Auslassbauwerken mit 30 %, hinsichtlich Tragwerksplanung von großen gesteuerten Ein- / Auslassbauwerken mit 10 %, hinsichtlich Planung der technischen Ausrüstung von großen gesteuerten Ein- /

Auslassbauwerken mit 10 %. /Die wesentlichen Kriterien im Los 2 sind: Leistungsfähigkeit mit 10 %; Fachliche Eignung: hinsichtlich Planung von Hochwasserschutzanlagen (Dammbau) mit 60 %, hinsichtlich Planung von Durchlassbauwerken durch HWS-Dämme mit 20 %, hinsichtlich Tragwerksplanung / Standsicherheitsnachweis Dammbau mit 10 %, / Die wesentlichen Kriterien im Los 3 sind: Leistungsfähigkeit mit 10 %; Fachliche Eignung: hinsichtlich Konzeptionelle Planung von Grundwasserhaltungsmaßnahmen mit 30 %, hinsichtlich Planung von Brunnenbauwerken zum Schutz vor erhöhtem Grundwasser mit 40 %, hinsichtlich Planung der technischen Ausrüstung von Bauwerken zur Grundwasserhaltung mit 20 %,

IV.1.3) **Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote nein

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) **Zuschlagskriterien**

das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind

IV.2.2) **Angaben zur elektronischen Auktion**

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) **Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:**

53.3-8961-22-060-30501

IV.3.2) **Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags**

nein

IV.3.3) **Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung**

Kostenpflichtige Unterlagen: nein

IV.3.4) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

12.2.2016 - 12:00

IV.3.5) **Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

IV.3.6) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können**

Deutsch.

IV.3.7) **Bindefrist des Angebots**

IV.3.8) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben**

A) Alle Unterlagen zum Vergabeverfahren stehen auf der Internetseite www.vof.istw.de ab 04.01.2016 frei zugänglich und kostenlos zur Verfügung;

- b) Die Möglichkeit gemäß VOF § 5 (3) Erklärungen und Nachweise nachzufordern, wird nicht in Anspruch genommen. Alle Erklärungen und Nachweise sind bis zum genannten Schlusstermin vorzulegen. Nach dem Schlusstermin eingehende Bewerbungen sowie unvollständige Bewerbungen werden vom weiteren Verfahren ausgeschlossen. Die ausschreibende Stelle behält sich lediglich vor nicht eindeutige Informationen / Unterlagen im Zuge einer Aufklärung nachzufordern;
- c) Die Bewerbung muss in Form des ausgefüllten Bewerbungsbogens (veröffentlicht als bearbeitbares Dokument auf der o.g. Internetseite) vorliegen;
- d) Die Bewerbung muss mit rechtsverbindlicher Unterschrift versehen sein (original Unterschrift einer Person die nachweislich – siehe III.2.1- berechtigt ist Rechtsgeschäfte für den Bewerber zu tätigen, bzw. durch die von Bewerber- / Bietergemeinschaften bestimmte Person);
- e) Eine Erklärung aus der hervorgeht welche Personen die Leistung tatsächlich erbringen werden (VOF § 4 (3)), wird erst im Verhandlungsverfahren gefordert werden;
- f) Alle Angaben der Bewerber haben in deutscher Sprache zu erfolgen. Anderen Nachweisen oder Dokumenten sind Übersetzungen durch amtlich anerkannte Dolmetscher beizufügen. Ohne solche Übersetzungen können diese Unterlagen nicht berücksichtigt werden;
- g) Bewerbungsunterlagen die über die ausdrücklich verlangten Angaben und Nachweise hinaus gehen, sind nicht erwünscht und werden bei der Bewertung nicht berücksichtigt;
- h) Die Bewerbungsunterlagen sind ausschließlich in Papierform DIN A4 und auf dem Postweg einzureichen;
- i) Die Bewerbungsunterlagen sind mit der vorbereiteten Angebotskennzeichnung (erhältlich auf der oben angegebenen Internetseite) zu versehen (entsprechend VOF § 8 (3));
- j) Die Bewerbungsunterlagen verbleiben beim Auftraggeber und werden nicht zurückgegeben.
- k) Alle Fragen zum Verfahren werden ausschließlich schriftlich, per E-Mail an seitz@istw.de , angenommen. Eingegangene Fragen werden zentral beantwortet. Alle eingegangenen Fragen und die zugehörigen Antworten werden (anonym) auf der Internetseite der Ausschreibung allen Bewerbern / Bietern zur Verfügung gestellt. Dadurch haben alle Bewerber / Bieter dieselben Informationen / Grundlagen für ihre Bewerbung. Auf anderem Weg eingehende Fragen werden nicht beantwortet, es wird immer auf den aufgezeigten Weg über die E-Mail verwiesen.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Regierungspräsidium Karlsruhe – Vergabekammer Baden-Württemberg
76133 Karlsruhe
DEUTSCHLAND
E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de
Telefon: +49 7219264049
Internet-Adresse: <http://www.rp-karlsruhe.de>
Fax: +49 7219263985

VI.4.2) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

- Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: A) Bewerber die nicht zum Verhandlungsverfahren zugelassen werden, werden über die Ablehnung ihrer Bewerbung vor Beginn des Verhandlungsverfahrens schriftlich informiert. Eine weitere Information zum Fortgang des Verfahrens ist nicht vorgesehen;
- b) Der Zuschlag wird erst erteilt, nachdem die unterlegenen Bieter schriftlich über die beabsichtigte Zuschlagserteilung informiert worden sind und 15 Kalendertage vergangen sind;
 - c) Um eine Korrektur im Vergabeverfahren zu erreichen, kann ein Nachprüfungsantrag bei der Vergabekammer gestellt werden;

- d) Wenn für einen Bewerber/Bieter Vergabeverstöße bereits aufgrund der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar sind und dieser nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung rügt ist ein Nachprüfungsantrag nicht zulässig;
- e) Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, wenn der Antragsteller die geltend gemachten Verstöße gegen Vergabevorschriften bereits im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich und in der Regel vor Anrufung der Vergabekammer gerügt hat;
- f) Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 107 Abs. 3 GWB);
- g) Ein Nachprüfungsantrag kann nur gestellt werden solange der Auftraggeber noch keinen wirksamen Zuschlag erteilt hat.

VI.4.3) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Regierungspräsidium Karlsruhe – Vergabekammer Baden-Württemberg
76133 Karlsruhe
DEUTSCHLAND
E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de
Telefon: +49 7219264049
Internet-Adresse: <http://www.rp-karlsruhe.de>
Fax: +49 7219263985

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

18.12.2015